



PRESSEMITTEILUNG

Fassungslosigkeit über Mehrwertsteuer-Fiasko der Ampel

Nach der Ankündigung der Bundesregierung, die Senkung der Mehrwertsteuer für die Gastronomie auf 7 % nicht wie versprochen über das Jahresende hinaus beizubehalten, übt die CDU-Landtagsabgeordnete Sabine Hartmann-Müller heftige Kritik an der Ampel: „Die Bundesregierung hat eine ganze Branche an der Nase herumgeführt. Gastronomen und Hoteliers haben sich auf die Beibehaltung des gesenkten Steuersatzes verlassen und schauen nun einer unsicheren Zukunft entgegen. Dieser Wortbruch der Ampel-Koalition ist skandalös.“

Waldshut-Tiengen, 20.11.2023

Sabine Hartmann-Müller MdL
Haus der Abgeordneten
Konrad-Adenauer-Straße 12
Telefon: +49 711 2063 8420
sabine.hartmann-mueller@
cdu.landtag-bw.de

Wahlkreisbüro
Hauptstraße 18
79761 Waldshut-Tiengen
Telefon: +49 7741 83 52 605
sabine.hartmann-mueller.wk@
cdu.landtag-bw.de



Die Bundesregierung hatte vergangene Woche gegenüber dem Deutschen Hotel- und Gaststättenverband (DEHOGA) angekündigt, dass die abgesenkte Mehrwertsteuer von sieben Prozent für ein weiteres Jahr Bestand haben würde. Überraschend kommt daher der Rückzieher: Die Steuer auf Speisen in Restaurants solle zum 1. Januar nun doch wieder auf 19 Prozent steigen.

„Die Erhöhung bedeutet in der aktuell schwierigen ökonomischen Situation eine enorme Belastung für unsere Betriebe und wird weitreichende Folgen haben,“ kritisiert Hartmann-Müller. „Die steigenden Preise müssen an die Gäste weitergereicht werden, die das aufgrund der gestiegenen Lebenshaltungskosten nicht einfach annehmen werden. Die Existenz von Gastronomen steht auf dem Spiel.“ Der DEHOGA warnte unlängst im Zusammenhang mit der Steuererhöhung deutschlandweit vor rund 12.000 potentiellen Betriebsschließungen, sinkenden Umsätzen und zahlreichen Jobs, die verloren gehen.

Besonders schwerwiegend seien die Folgen für die Region, befürchtet die CDU-Abgeordnete: „Tourismus und Gastronomie sind tragender Wirtschaftsfaktor im Schwarzwald und am Hochrhein.“

Die Branche sei zudem schon von gestiegenen Energie- und Betriebskosten, Inflation und Fachkräftemangel angeschlagen.

Nach Bekanntwerden des Beschlusses hatte Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) die Koalitionspartner SPD und Grüne verantwortlich gemacht.

„Schuldzuweisungen für die Auswirkungen der eigenen Entscheidungen sind innerhalb der Koalition zur Regel geworden und zeigen die Uneinigkeit der Ampel. Diese Regierung rüstet Deutschland nicht für die Zukunft und hat selbst keine,“ resümiert Hartmann-Müller.

Dem ganzen setzt ein Fernsehauftritt von Bundeskanzler Olaf Scholz im Bundestagswahlkampf 2021 die Krone auf. Dort sagte er Bezug nehmend auf die kürzlich zuvor abgesenkte Mehrwertsteuer: „Ich habe zugestimmt in dem Bewusstsein: Das schaffen wir nie wieder ab.“

Dazu Sabine Hartmann-Müller: „Der Kanzler hat den Gastromomen eine Zusage gegeben, an die er sich jetzt nur schwer erinnern mag.“